

Israel entschädigt Demonstranten

Tel Aviv – Der Staat Israel hat erstmals einem israelischen Zivilisten, der bei einer Demonstration gegen den Trennzaun im Westjordanland durch Grenzschutzsoldaten schwer verletzt wurde, eine Entschädigungssumme in Höhe von etwa 860 000 US-Dollar gezahlt. Der Staat und der von der israelischen Kanzlei Dan Assan vertretene Kläger einigten sich nach drei Jahren langwieriger Verhandlungen auf die hohe Entschädigungssumme. Rechtsanwalt Bischara Jabali sagte am Mittwoch: „Die Tatsache, dass der Staat Israel vor Aufnahme eines Gerichtsverfahrens eine Entschädigung zahlt, beweist, dass der Einsatz der Sicherheitskräfte am fraglichen Tag unrechtmäßig gewesen ist.“

Der heute 31 Jahre alte Limor Goldstein hatte im August 2006 an einer friedlichen Demonstration in dem Palästinaserdorf Bilin gegen den Bau der Trennanlage teilgenommen. Soldaten der israelischen Grenzpolizei riefen die Demonstranten zur Umkehr auf und feuerten dann Gummigeschosse auf die Unbewaffneten. Auf einem Video, das auf YouTube zu sehen ist, und das bei der Klage als Beweismittel diente, ist deutlich zu erkennen, wie Goldstein vom Geschoss eines Grenzschutzbeamten am Kopf getroffen wird und zu Boden sinkt. Trotz wiederholter Aufforderungen der Demonstranten, Hilfe zu leisten oder eine Ambulanz zu rufen, weigerten sich die Soldaten, Goldstein von einem Militärsanitäter versorgen zu lassen. Erst zwei Stunden später konnte er im Krankenhaus behandelt werden. Das Geschoss war durch ein Auge ins Gehirn eingedrungen. Goldstein kann seinen Beruf als Rechtsanwalt nicht mehr ausüben und hat Schwierigkeiten, zu reden und zu schreiben.

Seit vier Jahren finden regelmäßig freitags Demonstrationen in Bilin statt. Im Januar 2007 entschied der Oberste Gerichtshof in Jerusalem, dass der vom Verteidigungsministerium festgelegte Verlauf des Trennzauns in der Umgebung Bilins illegal sei und zugunsten der Bewohner geändert werden müsse. Der Vorschlag des Verteidigungsministeriums für den neuen Verlauf wurde ebenfalls vom Obersten Gerichtshof als ungerecht gegenüber den Bewohnern Bilins abgelehnt.

Thorsten Schmitz